

**Deutscher Reichstag.**

Der Reichstag erledigte am Freitag zunächst zwei kurze Anfragen, von denen die zweite über die Dauer der Verlegung des 99. Infanterie-Regiments in das Hohenauer Vorpostenlager, die als Bestrafung des Regiments empfunden wurde, besonderes Interesse verdient. Generalmajor Wild v. Hohenborn lehnte eine Beantwortung der Frage über die Dauer der Verlegung ab und begnügte sich, auszusagen, daß es falsch sei, in der Verlegung des Regiments eine Bestrafung zu erblicken. Dann sah das Haus die zweite Lefung des Etats des Reichsstands des Innern fort, die keine großen oder neuen Gedanken mehr brachte, sondern sich auf dürftige Nachlese beschränkte. Im allgemeinen wurde über Sozialpolitik gesprochen, so besonders von dem ersten Redner, dem freisinnigen Abgeordneten Weinhausen und dem Bolen Dombel, der u. a. auch für den vom Staatssekretär Delbrück gehütherten Gedanken eines Verhandlungszwangs bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern eintrat. Einige Mittelstandsfragen behandelten dagegen der Holzpapier bei der Reichspartei Wamuth und der Abgeordnete Behrens von der Wirtschaftlichen Vereinigung, ohne allerdings die Sozialpolitik aus ihren Reden völlig auszuschließen. Zur Abwehrstellung stellte der nächste Redner, der wissenschaftliche Abgeordnete Dr. Beck (Hessen), wirtschaftliche Fragen in den Vordergrund und wies sehr richtig darauf hin, daß man das Freihandelsgeschehen der Linksliberalen und der Sozialdemokraten nicht so ernsthaft nehmen sollte, da sich in den Reihen beider Parteien genügend schwarzlerische Stimmen vernehmen ließen. Gegenüber dem Abgeordneten Mollenbuhr, der gegen unsere Schutzpolitisierung zu Feldzog, betonte der Zentrumabgeordnete Emminger, daß der gesamte Baurerstand den Schutzzoll unbedingt brauche. Auf die Anregungen zur Schaffung eines Reichsaufsichtsamtes, dem das gesamte Depositenbankwesen unterstellt werden soll, ging zum Schluss der Reichsbankpräsident Habensteim ausführlich ein und erklärte es für ein Ding der Unmöglichkeit, für das gesamte Bankwesen eine wirtschaftliche und zuverlässige arbeitende einheitliche Staatsaufsicht einzurichten zu schaffen.

**Sächsischer Landtag.**

Mit der Kürze, die die Freitagsitzungen auszeichnet, wurde auch diesmal am Freitag in einer knappen Stunde ein ganzes Bündel von Eisenbahnwünschen erledigt. Die Debatte war unerheblich. Bemerkenswert ist, daß die Befürchtung der Stadt Liebstadt um Errichtung einer Eisenbahn durch das Seidenwäldchen bis Liebstadt dadurch um einen Schritt gefördert wurde, daß man diesen Wunsch der Regierung zu Erwagung überwies. Weniger erfolgreich war dagegen die Petition der Stadt Riesa „und Genossen“ um den Bau einer Bahn von Riesa über Strehla nach der Landesgrenze, mit Anschluß an die bereits genehmigte Bahn Torgau—Belgern auf dem linken Elbufer. Man überwies diese Petition der Regierung nur „zur Kenntnisnahme“. Die Gemeinden der Elbgau werden also dem nächsten Landtage ihren Wunsch noch einmal unterbreiten müssen. Für den Ausbau des Eisenbahnnetzes bewilligte man die im Etat vorgesehenden 300 000 Mark. Den übrigen kleinen Eisenbahnmängeln stand die Kammer ablehnend gegenüber, man ließ sie auf sich beruhen.

Am Montag werden ebenfalls wieder einige Eisenbahnangelegenheiten und mehrere Petitionen erledigt werden. Sowohl Arbeit wird aber am Dienstag zu leisten sein, da an diesem Tage die Arbeitswilligenabrede zu Ende geführt werden soll. Da erfahrungsgemäß bei einer solchen Debatte die Gemüter immer von neuem aufgewühlt werden, so ist wieder mit einer Dauersitzung zu rechnen. Es haben sich hierzu noch 17 Redner zum Worte gemeldet, es sind aber bereits Verhandlungen im Gange, um zu einer Kontingentierung der Redner zu kommen, um die Debatten nicht ins Uferlose geraten zu lassen. Am Mittwoch winkt dann die gemeinsame Fahrt nach Oberwiesenthal.

**Politische Rundschau**

**Die Nachprüfung der Bestimmungen über den Waffengebrauch des Militärs.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: „Für die vom Reichskanzler in seiner letzten Reichstagrede erwähnte Nachprüfung der Dienstvorschrift von 1899 über den Waffengebrauch des Militärs im Frieden sind zunächst beim Kriegsministerium die notwendigen Vorarbeiten erledigt worden. Gegenwärtig finden unter Buzierung der preußischen und der Reichsressorts der Justiz und des Innern konfessorische Beratungen statt. Auch hat sich der Kriegsminister mit den zuständigen Stellen für die nichtpreußischen Kontingente in Verbindung gesetzt, um möglichste Übereinstimmung in der Fassung der Vorschriften herzustellen.“

**Die elz-saaleisch-lothringische Regierungskrise.**

Die Meldung eines Berliner Mittagsblattes, wonach als Statthalter von Elz-saaleisch-Lothringen ein preußischer Prinz eingesetzt sein soll, wird uns von gutunterrichteter Seite als unzutreffend bezeichnet. Die meisten Aussichten, Nachfolger des Grafen von Wedel zu werden, hat noch allem, was in sonst gutunterrichteten Kreisen verlautet, der jetzige preußische Landwirtschaftsminister Freiherr von Schorlemmer-Lieser.

**Maßnahmen für Elz-saaleisch-Lothringen.**

In wohlinformierten Berliner politischen Kreisen wird versichert, daß die „elz-saaleisch-lothringische Frage“ mit dem jetzigen Wechsel in der Regierung der Reichslande keineswegs abgetan ist. Man dürfe sich vielmehr darauf gefaßt machen, daß seitens der neuen Regierung sofort Maßnahmen in die Wege geleitet werden, die eine Sicherung gegen den Miss-

brauch der Freiheit und des Vereinsrechtes in Elz-saaleisch-Lothringen zu gewährleisten geeignet sind. Ob dabei auf die früheren Vorschläge der bisherigen Regierung zurückgegriffen wird, ist noch fraglich. Auch in anderer Hinsicht dürfen Maßregeln getroffen werden, die der deutschfeindlichen Agitation im Reichslande einen Riegel vorstellen.

**Der Nationalitätenkampf in Nordschleswig.**

In der Abendstzung der Budgetkommission des Preußischen Abgeordnetenhauses erklärte am Freitag der Minister des Inneren auf Freikonservative Anfrage über den Nationalitätenkampf in Nordschleswig u. a.: Die Staatsregierung tritt der dänischen Agitation mit allen geleglichen Mitteln entgegen und sucht das Deutschtum durch kulturelle, wirtschaftliche und sonstige Maßnahmen zu heben. Zur Bekämpfung der Agitation der Presse habe die Staatskanzlei eine scharfe Kontrolle auszuüben. Im übrigen hätten die dänischen Zeitungen dieselben Freiheiten wie die deutschen. Das Auftreten ausländischer dänischer Agitatoren werde nicht gebuhlt, selbst dann nicht, wenn gegen sie nichts vorliege. Gegen landesverräderische Umtriebe deutscher Dänen in Dänemark könne die Regierung nichts machen, wohl könne sie aber fordern, daß die dänische Regierung die Beteiligung offizieller oder beamter Persönlichkeiten an Veranstaltungen, deren Spur direkt gegen Deutschland gerichtet sei, verhindere. Die dänische Regierung habe stets deutschen Vorstellungen korrektes Gehör gegeben. Die aus Flensburg vorgebrachten Klagen seien zum mindesten stark übertrieben.

**Vom Deutschen Industriezugverband.**

Unter Mitwirkung des Deutschen Industriezugverbandes, Sitz Dresden, haben sich die Steinbruchbesitzer von Kirchberg (Sa.) und Umgegend zu einer Krisgruppe des Verbands Deutscher Steinbruch- und Steinmetzgeschäfte zusammengetroffen; sie traten gleichzeitig dem Deutschen Industriezugverband bei. Auch der Bezirksverein Döbeln und Umgegend des Verbands Deutscher Betonwaren- und Kunsteinfabrikanten hat dieser Tage zur Sicherung seiner Mitglieder gegen Streifschäden den Beitritt zum Deutschen Industriezugverband erklärt.

**Griechenland und die Türkei.**

Die Absage, die Griechenland auf die inoffiziellen Anregungen der Pforte hinsichtlich einer direkten Verständigung zwischen Athen und Konstantinopel über die Inselfrage ertheilt zu haben scheint, wird in den Berliner diplomatischen Kreisen dahin gedeutet, daß Griechenland sich bemüht, durch Vorschubierung der italienisch-türkischen Inselfrage Zeit zu gewinnen, um zunächst die südalbanische Grenzfrage in einem Griechenland günstigen Sinne zum Ausdruck zu bringen, damit diese Angelegenheit den Charakter eines eventuellen Kompensationsobjektes verliert.

**Schlägerei im Luxemburgischen Landtag.**

An der luxemburgischen Kammer fand am Freitag eine Schlägerei zwischen einem Sozialisten und einem liberalen Abgeordneten statt. Nachdem die beiden Gegner sich auch mit dicken Holzbändern geworfen hatten, wurden sie durch ihre Kollegen getrennt.

**Tageschronik.****Schweres Grubenunglück bei Dortmund.**

22 Tote. — 19 Verletzte.

Dortmund, 31. Januar. (Dep.) Auf der Zeche Achenbach im benachbarten Brambauer ereignete sich gestern abend kurz vor Schichtwechsel in der dritten Schleife eine Schlagwetterexplosion. Von den Hochbarzchen wurden Hilfsmannschaften angefordert. Die technische Beamten schaften in den Schacht eingefahren.

Dortmund, 31. Januar. Die Schlagwetterexplosion auf Zeche Achenbach ereignete sich um 6 Uhr 20 Min. auf Flöß 19 und 21. Bis 12.30 Min. waren 22 Tote und 17 Verletzte, davon 10 schwer Verletzte, geborgen. Die Verwaltung glaubt, daß sich keine Toten mehr in der Grube befinden.

Im Dezember 1912 hatte eine Schlagwetterexplosion auf der Zeche Achenbach 50 Tote gefordert und gestern lief wiederum die Kunde von dem neuen Unglück auf der selben Zeche durch die Straßen. Krankenwagen und Automobile bahnen sich einen Weg durch die Menschenmenge, die das Becktor umlagert. Rauchschwärze Männer, die Rettungsabteilungen, den Sauerstoffapparat auf den Schultern, eilen zum Schacht oder bringen im langsamem Schritt die Toten getragen. Diese werden in einem großen Raum aufgebahrt. Sie sind schwer verbrannt aber nur vereinzelt verbrümmelt. Die schweren Brandwunden haben die Arbeiter vom Flöz 19 aufzuweisen, und an dieser Stelle ist auch nach der Meinung der Ausgeführten die verhängnisvolle Explosion entstanden. Schrill resst die Signalglocke durch die Nacht; sie gibt das Zeichen, daß neue Opfer zu Tage gefördert sind. Ein Grubenbrand ist glücklicherweise nicht ausgetragen, aber eine Arbeitsstelle ist zu Bruch gegangen und es ist nicht ausgeschlossen, daß sich unter den Kohlentrümmern noch weitere Tote befinden.

**Ein Passagierdampfer in Grund gehobt.**

48 Personen ertrunken.

Aus Norfolk (Virginia) wird gemeldet, daß der Passagierdampfer „Monroe“ der Old-Dominion-Gesellschaft gestern früh 1/2 Uhr bei der Doginzel vom Dampfer „Monticello“ der Merchant and Miners Transportation-Gesellschaft in den Grund gehobt wurde. Die „Monroe“, die von Norfolk nach New York dampfte, ging einige Stun-

den nach der Kollision beim Winterquartier des Dampfschiffs unter. Die „Monticello“ las die Boote mit Passagieren und Mannschaft auf.

Eine weitere Meldung berichtet:

Norfolk, 31. Januar. (Dep.) Der Dampfer „Monticello“ ist mit 60 Überlebenden des untergegangenen Dampfers „Monroe“ eingetroffen. 48 Personen sind ertrunken. Die Überlebenden erzählen, daß der Monroe 12 Minuten nach der Kollision im Nebel um 2 Uhr morgens gesunken ist. Verschiedene Leute trieben ¾ Stunden im Eismeer umher, bis sie von den Booten des „Monticello“ aufgenommen wurden.

— **Schweres Eisenbahnunglück bei Hof.** Als Freitagmittag 12½ Uhr der Zug 46 von Bad Sieben nach Hof beim Schotterwerk Frank & Weidner in Röditz die Bremse, die nach dem Schotterwerk führt, passiert hatte, entgleiste die Lokomotive und der Tender, die nach rechts umschlugen, während die nächsten beiden Personenzugwagen nach links umfielen und auf einen zugefahrenen Trich stürzten. Während der Lokomotivführer rechtzeitig abpringen konnte, wurde der Heizer schwer verletzt. Außerdem sind 15 Personen verletzt worden, davon mehrere schwer. Die Verletzten wurden nach Hof ins Krankenhaus gebracht. Der Materialschaden ist bedeutend. — Zu dem Unglück teilt die Königl. Eisenbahndirektion Mühlberg mit: Am Freitag mittag ist in Station Röditz die Lokomotive des Dampfbahnzuges Nr. 46 mit dem nachfolgenden Personenzug entgleist. Der Personenzug fiel die Böschung hinab. Sieben Reisende wurden verletzt, darunter drei schwer. Die Personenzüge werden an der Unfallstelle unparkiert; der Güterzugverkehr ist einstellen eingestellt.

— **Schwere Explosion.** In Aubstadt in Unterfranken untersuchte der Schmid Wagenbrenner einen Schreibapparat, der nicht mehr funktionierte. Plötzlich explodierte der Apparat. Wagenbrenner und sein Gehilfe wurden furchtbar verstümmelt. Beide waren sofort tot.

— **Acht Dynamitpatronen unter dem Kohlenvorrat einer Zellulosefabrik gesund.** In Hemei bei Hagen fand der Kesselwärter der Zellulosefabrik beim Kohlenentnahmfeld in den Kohlen eine Ledertasche, in der sich acht mit Zündhütchen versehene Dynamitpatronen befanden. Wahrscheinlich hat ein Schießmeister die Patronen verloren. Ohne die Aufmerksamkeit des Kesselwärters wäre ein entsetzliches Unglück geschehen.

**Aus Sachsen.**

Borna, 31. Januar. Vermißt. Um nachbarlichen Coppi wird seit Dienstag das bei einem dortigen Gutshof in Diensten gewogene 16 Jahre alte Mädchen Johanna Knobloch vermisst.

Weissen, 31. Januar. Das Stadtverordnetenkollegium beschloß gestern abend die Übernahme der Handelschule in städtische Verwaltung und die Errichtung einer städtischen Gewerbeschule, beides von Oster 1914 ab, sowie die Errichtung eines neuen Handels- und Gewerbegebäudes auf dem städt. Grundstück am Neumarkt, neben der Reg. Amtshauptmannschaft. Das neue Schulgebäude ist mit 275 000,- Baukosten veranschlagt.

Leipzig, 31. Januar. Gestern in den frühen Morgenstunden wurde in dem Grundstück Brühl 62 das Schaufenster einer Kleidungswarenhandlung eingeschlagen und daraus eine große Anzahl Pelzwaren im Gesamtwert von etwa 2500,- gestohlen. Vermischt ist der Diebstahl von den selben Dieben begangen worden, die in letzter Zeit in verschiedenen Städten Deutschlands ähnliche Schaufensterdiebstähle begangen haben.

Leipzig, 31. Januar. Der Kriminalpolizei ist es gelungen, einen internationalen Hochstapler und Geizhalden, der sich Graf Egon von Reibischfeld nannte. Er wohnte seit etwa drei Jahren in Leipzig und wurde als der Kaufmann Wilhelm Lust aus Wohlitz bei Greiz enttarnt. Er war ihm in Leipzig gelungen, in den vornehmsten Kreisen Eingang zu finden. Seine Verhaftung erfolgte unmittelbar nach seiner Rückkehr aus London, wo er mit einer vermögenden Leipziger Dame die Ehe abgeschlossen hatte.

Leipzig, 31. Januar. Massenverhaftungen von Metall- und Holzlehrern. Vor kurzem bezichtigte eine Frau den Rohproduktionshändler Liebegang in der Karolinenstraße der gewerbsmäßigen Holzlehrerei. Eine nach längerer Beobachtung des Verdächtigen vorgenommene Revision der Geschäftsbücher dieses Händlers förderte soviel Verlustungsmaterial zutage, daß die mit der Revision betrauten Kriminalbeamten den Liebegang aufforderten, zur näheren Untersuchung der Angelegenheit mit nach dem Polizeiamt zu gehen. Als die Beamten mit dem Händler das Geschäftsräum verliehen, fuhr gerade ein einspanniges Fuhrwerk bei ihm vor, dessen Nutzbarer dem Liebegang verschwundene Metalle zum Ankauf brachte. Zu gleicher Zeit fuhr auch ein anderer Mann mit einem Handwagen an, der ebenfalls mit Metall beladen war, das den Mann bei Liebegang verkaufen wollte. Im Hinblick auf den Vorgang nahmen sich die Beamten beide Ladungen eingehend an. Auf dem pröteren Wagen befanden sich außer mehreren Zentnern reinen Zinnes, Messing-, Rosgu- und Kupferstücken auch zwei schwere Kupferdrähte. Da die Besitzer der ankommenden Wagen, ein Leipziger Rohproduktionshändler und ein böhmischer Gelbgießer, somit der Holzlehrerei ebenfalls verdächtig erschienen, nahmen die Beamten die Wagen und deren Besitzer gleich mit nach dem Hause des Polizeigebäudes. Hier ergab sich schon beim Abladen, daß man einen sehr guten Griff getan hatte, denn es stellte sich sofort heraus, daß beide Wagen ausschließlich mit gestohlenen Metallen beladen waren. Zum größten Teil bestanden die Ladungen aus wertvollen Stücken reinen Zinnes, die